



WRB-Blog Nr. 15/15: Rudolf Strahm, Dr.h.c. ehemaliger Preisüberwacher, alt Nationalrat, Herrenschiendens, zum Thema: «In der Steuerpolitik wird es eng, sehr eng»

Der Kanton Bern gehört zu den ärmeren Kantonen und bezieht in absoluten Beträgen den grössten Betrag aus dem interkantonalen Finanzausgleich. Der Kanton hat intern enorm grosse Disparitäten bei Wertschöpfung und Einkommen.

Würde der Kanton Bern nur aus der Region Thun-Aaretal-Bern, vielleicht noch unter Einschluss der Jura- und Solothurn-Region bestehen, wäre dieser bezüglich seiner Wirtschaftskraft im Ranking der Kantone allerdings im vordersten Drittel! Der Kanton Bern ist „arm“ wegen der tiefen Wertschöpfung pro Kopf in seinen Hinterland-Regionen mit dem Übergewicht von Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Bau. Es ist das BGB/SVP-Hinterland, das historisch stets die „Scholle“ bewahren wollte, die Industrieansiedlung verhinderte und die ausgebaute Verkehrsinfrastruktur von den Zentren finanzieren liess.

Einen Ausbrecher stellte in den letzten zwei Jahrzehnten der Raum Gstaad-Saanen dar. In dieser Region ist die Finanzkraft massiv angestiegen, allerdings nicht durch produktive Realwirtschaft, sondern durch die Standortpolitik mit einer Monacoisierung, also durch Aufbau einer nach dem Bassin Lémanique ausgerichteten Enklave für Superreiche, Villenerbauer und Pelzmantelschickeria.

Fast zwei Drittel der Wirtschaftsleistung aus dem Wirtschaftsraum Bern

Die regionale Vielfalt des Kantons Bern ist gewiss ein wichtiger Faktor für die hohe Lebensqualität. Auch diese kann einen wichtigen Standortfaktor darstellen, wenn er richtig vermarktet und genutzt wird. Der Kanton Bern hat aber, wie Professor Paul Messerli von der Uni Bern vorgerechnet hat, eine um 15% unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung und ein um 20% über dem schweizerischen Durchschnitt liegendes Steuerniveau. Die öffentlichen Leistungen pro Kopf liegen indes ziemlich genau im schweizerischen Durchschnitt. Der Kanton Bern ist also nicht verschwenderisch, aber wirtschaftsschwach.

BERN⁺

WIRTSCHAFTS- RAUM

Dennoch, über 60% der Wirtschaftsleistung des ganzen Kantons wird im Grossraum Bern geschaffen. Der Wirtschaftsraum Bern ist entscheidend für den Wohlstand und das Steueraufkommen des Kantons. Allerdings fällt auch dieser Raum in der demographischen Entwicklung gegenüber den dynamischen Metropolitanregionen Zürich-Zug, Genf-Lausanne und Basel zurück.

Im Wirtschaftsraum Bern fehlen wegen der Gemeindeautonomie die grossflächigen Angebote für neue Gewerbe- und Industriezonen, es fehlt eine effiziente Koordination in der Agglomeration und es fehlt vor allem ein koordiniertes politisches Gewicht der Agglomeration im Grossen Rat. Der Regierungsrat wollte mit seiner „Wirtschaftsstrategie 2025“ eine behutsame – viel zu ängstliche – Schwerpunktbildung der kantonalen Wirtschaftsförderung in den wertschöpfungsstarken Regionen anvisieren, doch die Allianz der ländlichen Vertreter kippte diese Priorisierung aus dem Konzept. Und seither übt sich die Regierung wirtschaftspolitisch im Mittelmass. Die Strukturschwachen beziehen stets die grössten Leistungen vom Kanton.

Interkantonaler Finanzausgleich kommt unter Druck

All diese Entwicklungen sind bekannt. Doch nun kommt eine Zuspitzung der Lage vom interkantonalen Finanzausgleich NFA. Bisher hat der Kanton Bern über eine Milliarde Franken pro Jahr aus diesem innerschweizerischen Ausgleichsmechanismus erhalten, mit einem jährlichen Anstieg von rund hundert Millionen, auf zuletzt etwa 1,3 Milliarden Franken. Wenn sich die wirtschaftliche Kluft innerhalb der Schweiz im bisherigen Mass weiter auftut, bräuchte der Kanton Bern auch in Zukunft jedes Jahr hundert Millionen mehr, nur um die wachsende Disparität im interkantonalen Finanzkraftvergleich zu kompensieren. Die Fehlkonstruktion des NFA bestand von Anfang an darin, dass der Ausgleichsmechanismus nicht kombiniert war mit einer minimalen Harmonisierung (zum Beispiel mit einem Mindeststeuersatz) bei der Firmenbesteuerung.

Zum einen kommt neuerdings eine politisch motivierte Gegenbewegung der Tiefsteuerkantone, vor allem aus Zug, Schwyz und Nidwalden, die nun ihrerseits mit ihrem Fiskaldumping (Tiefsteuerangebote, Sonderarrangements für Domizilgesellschaften, Pauschalsteuern) an die Grenzen stossen. Und zum andern kommt neuer Druck gegen den Finanzausgleich von der Reform der Unternehmensbesteuerung, die nach heutigem, nicht verabschiedetem Konzept eine erneute Einnahmeneinbusse für die Kantone bringen wird. Bekanntlich müssen mit der Unternehmenssteuerreform III (UStR-III) auf Druck der EU und der OECD die Steuerprivilegien der Holding- und Domizilgesellschaften in den sechs Privileg-Kantonen (der Kanton Bern gehört nicht dazu) aufgehoben werden. Anstelle einer ertragsneutralen Nivellierung der Unternehmenssteuern wurde eine generelle Senkung ausgehandelt, was zur Folge hat, dass praktisch alle Kantone und Städte erneute Steuerertragseinbussen erwarten müssen und dass der Bund erst noch 1 bis 1,5 Milliarden Steuergelder einschiessen muss.



Agglomeration Bern sollte sich selber positionieren

Diese erneute Steuerreform UStR-III mit erneuten Einbussen ist noch nicht unter Dach. Sie wird Gegenstand eines Referendums werden. Die Städte und Agglomerationen, die von dieser von oben initiierten Steuerertragseinbusse betroffen sein werden, müssten jetzt ihre Position und die Inzidenzwirkungen für ihre eigenen Budgets mit unabhängigen Gutachten selber abschätzen. Bei der UStR-II hatte die Eidgenössische Steuerverwaltung, damals noch unter Bundesrat Hans Rudolf Merz, bekanntlich ein Täuschungsmanöver inszeniert: Anstatt der vor der Abstimmung prognostizierten 80 Millionen resultierten rund 800 Millionen Franken Steuerausfälle.

Die Städte und Agglomerationen sollten diesmal eine eigene, unabhängige Ertragsprognose für die Auswirkungen der UStR-III erstellen lassen. Und von der kantonalen Finanzdirektion sollte man diesmal mehr Aktivität und Präsenz erwarten dürfen. Sonst wird es eine Steuerreform der wachsenden Kluft werden. Der Kanton Bern und der Wirtschaftsraum Bern werden auf jeden Fall zu den Verlierern gehören. Es wird eng, sehr eng werden.

Rudolf Strahm

Dr.h.c. ehemaliger Preisüberwacher, alt Nationalrat, Herrenschwanden